

NACHRICHTEN

Ökonomen erwarten Rekordbeschäftigung

Die Konjunktur in Deutschland zieht nach Einschätzung von Ökonomen 2014 kräftig an und sorgt für eine Rekordbeschäftigung. Es dürften dann erstmals 42 Millionen Menschen in Lohn und Brot sein – so viel wie nie zuvor. Dies geht aus Prognosen hervor, die Forschungsinstitute und der Privatbankenverband BdB am Mittwoch vorlegten. Während die Berliner DIW-Forscher und der BdB im nächsten Jahr ein Wachstum von 1,7 Prozent erwarten, sagt das Essener RWI sogar ein Plus von 1,9 Prozent voraus. rfr

BMW beifit sich mit Elektroauto

Der BMW-Konzern will die hohen Kosten für den Zukunftswerkstoff Carbon in seinem Elektroauto i3 durch deutlich schnellere Fertigung abpuffern. Für den Bau eines konventionellen Autos seien im Schnitt 40 Stunden nötig, für den i3 dagegen nur etwa die Hälfte, sagte Produktionschef Harald Krüger am Mittwoch in Leipzig, wo die Serienfertigung des kleinen Cityfizers startete. Zudem solle Carbon künftig in Modellen außerhalb der i-Reihe eingesetzt werden. „Wir denken aktuell über andere Serienprodukte nach.“ Mit Blick auf strenger werdende Absatzvorschriften fügte er hinzu: „2020 ist Leichtbau ein Muss für alle.“ rfr

Volkswagen bietet Batteriewagen in USA an

Volkswagen will einem Zeitungsbericht zufolge ab 2015 Elektroautos in den USA verkaufen. Der Wolfsburger Konzern wolle zunächst die batteriegetriebene Version seines kompakten Bestsellers Golf in den Vereinigten Staaten anbieten, zitierte die „New York Times“ einen VW-Manager. Bei zunehmender Nachfrage sollten weitere Modelle folgen. rfr

Chemiekonzern Bayer baut 700 Arbeitsplätze ab

Der Chemie- und Pharmakonzern Bayer will in den nächsten vier Jahren bis zu 700 Arbeitsplätze in seiner Kunststoff-Sparte Material Science abbauen. Auch bis zu 180 Stellen in Deutschland seien betroffen, sagte ein Unternehmenssprecher am Mittwoch. Er bestätigte damit einen Bericht der „Rheinischen Post“. Der Konzern begründete die geplanten Einschnitte mit dem harten Wettbewerb auf dem Kunststoffmarkt und der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in China. dpa

Mindestlohn für Steinmetze

Auch für die rund 11 000 Steinmetze und Bildhauer gilt künftig bundesweit ein Mindestlohn: Damit darf vom 1. Oktober an kein Beschäftigter in der Branche weniger als 10,13 Euro in der Stunde im Osten Deutschlands und 11,00 Euro im Westen verdienen. Zum 1. Mai 2014 steigen diese Lohnuntergrenzen auf 10,66 Euro und 11,25 Euro. Das Bundeskabinett billigte am Mittwoch in seiner letzten Sitzung vor der Bundestagswahl eine Vorlage aus dem Arbeitsministerium. dpa

Es droht noch mehr Ungleichheit

Lohnerhöhungen und stärkere Binnennachfrage als Mittel gegen die Schuldenkrise

Von Michael Dauderstädt

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die deutschen Vermögen etwa verdoppelt und belaufen sich derzeit auf über 13 Billionen Euro. Dabei kam es zu einem Strukturwandel: Während sich die Vermögen der Haushalte stark erhöht haben, wurde das staatliche durch fast kontinuierliche Neuverschuldung, vor allem während der Finanzmarktkrise, abgebaut. Umgekehrt hat bei der Vermögensbildung der Haushalte der Anteil der Nettogeldvermögen zu Lasten der Sachvermögensbildung immer mehr zugenommen. Sie sind von etwa 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) 1991 auf über 130 Prozent 2010 gestiegen.

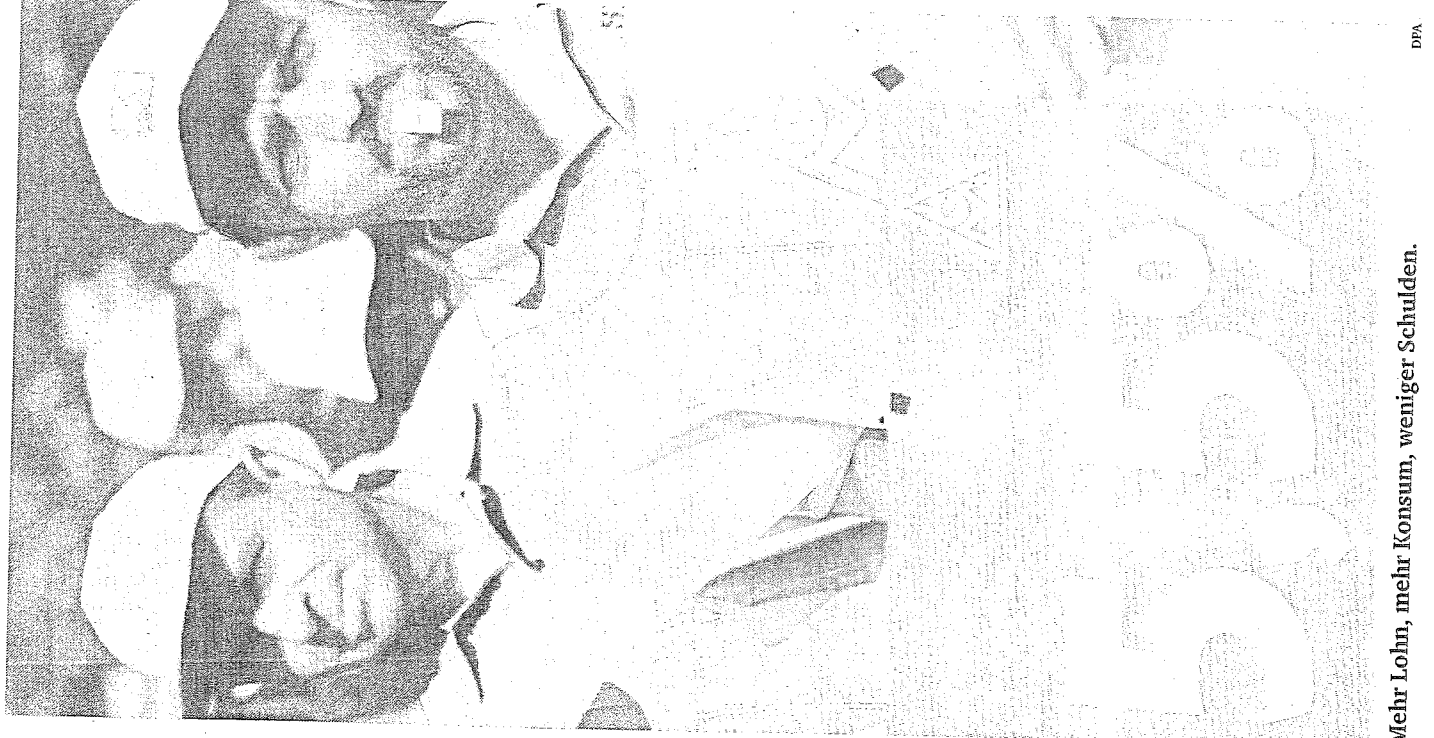
Auch die Verteilung der Vermögen unter den Haushalten hat sich immer ungleicher entwickelt. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt: Die reichsten zehn Prozent hielten 2008 52,9 Prozent des Nettovermögens, die ärmsten 50 Prozent nur 1,2 Prozent. 1998 hatten die reichsten zehn Prozent „nur“ 45,1 Prozent des Nettovermögens, 2,9 Prozent hielten die ärmsten 50 Prozent. Dieser Trend dürfte sich seitdem fortgesetzt haben. Darin spiegelt sich eine immer ungleichere Einkommensverteilung in Deutschland. Während die Arbeitnehmerentgelte nur wenig um etwa 20 Prozent seit 2000 zunahmen, stiegen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen massiv um 50 Prozent an. Dieser Prozess verstärkt sich selbst: Die Reichen sparen mehr, bilden mehr Vermögen, erhalten steigende Vermögenseinkommen, werden noch reicher und sparen noch mehr.

Vermögen flieht ins Ausland

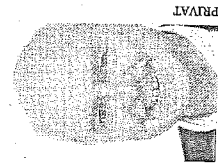
Diese dauerhaft schneller als das BIP wachsenden Geldvermögen suchen nach Anlagemöglichkeiten. Prominente Ökonomen wie der Kapitaltheoretiker Carl Christian von Weizsäcker sprechen schon von Anlagenotstand. Denn die Geldvermögen der Haushalte können nur wachsen, wenn gleichzeitig andere Sektoren Schulden aufbauen. Im kapitalistischen Idealfall tun dies die Unternehmen, die so Investitionen finanzieren, die ihrerseits Erträge abwerfen, welche den Schuldendienst ermöglichen. Wenn die Unternehmen in Krisenzeiten wenig(er) investieren, so kann der Staat durch eine aktive Konjunkturpolitik („deficit spending“) die Nachfragerlücke schließen.

Zwei Prozesse verschärfen aber heute den Anlagenotstand:

1. Die Ertragslage der deutschen Unternehmen ist seit längerem besser als ihre Investitionsneigung. Sie nehmen damit immer weniger externe Finanzierung in Anspruch. 2. Der Staat hat sich selbst eine Schuldenbremse verordnet, die langfristig seine Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des BIP begrenzt. Damit bleibt des deutschen Haushalten in zunehmendem Maße nur das Ausland als Anlagemöglichkeit. Denn das Nettogeldvermögen einer geschlossenen Wirtschaft (zum Beispiel der Weltwirtschaft) ist im-



Mehr Lohn, mehr Konsum, weniger Schulden. dpa



Der Autor
Michael Dauderstädt, 65, hat Mathematik, Ökonomie und Entwicklungspolitik studiert. Seit 2006 leitet er die Abteilung Wirtschaft- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sein Hauptarbeitsgebiet ist die internationale politische Ökonomie.

Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, den Dauderstädt auf der Fachtagung „Immer reicher, immer ärmer?“ der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft und des Well-Breuing-Instituts der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen (Frankfurt) gehalten hat.

Die Frankfurter Rundschau dokumentiert in dieser Woche eine Auswahl der auf der Fachtagung gehaltenen Referate in gekürzter Fassung. FR

und Beschäftigungsmöglichkeiten verspült.

Die Krise hat nochmals deutlich gemacht, was in jeder kapitalistischen Wirtschaft als Kernproblem angelegt ist: Die Akkumulation der Vermögen oder des Kapitals vergrößert dauernd die Ansprüche an die laufende Wertschöpfung. Nur wenn deren Wachstum zumindest nominal gleich oder höher ist als die erwartete Rendite, kann die Umverteilung zulasten der Arbeitnehmerhaushalte gebremst werden. Stattdessen droht aber eher eine Wachstumsschwäche, die ihrerseits wieder aus der schwachen Nachfrage wegen genau dieser relativen Verarmung herrührt. Der Exportüberschuss mag ein Aus-

weg sein, verlagert aber die Schuldenproblematik nur auf internationale Ebene – sichtbar in zunehmenden Ungleichgewichten in der Eurozone und weltweit.

Wenn also der Realkapitalstock nicht erweitert und somit das Wachstum der Produktivität gebremst wird, dann führt die Renditesuche das Geldkapital auf die Finanzmärkte, wo es zu einer Vermögenspreisinflation kommt. Die kann wiederum eine weitere (Schein-)Expansion der Vermögen und Schulden auslösen, wenn kreditfinanziert Titel erworben werden, um auf steigende Vermögenspreise zu spekulieren. Aber da der Wert eines Vermögens letztlich den zukünftigen Ertragsstrom widerspiegelt, muss, beruht auch dies auf Wachstumshoffnungen, die sich erst mal erfüllen müssen.

Kritischer Schuldenstand

Viele Beobachter glauben, dass der langjährige Vermögens- und Schuldenaufbau, der nicht nur in Deutschland, sondern weltweit zu beobachten war, ein kritisches Stadium erreicht hat. Die Schuldenstände aller Sektoren (also Staat, Haushalte und Unternehmen) gemeinsam betragen in allen großen westlichen Volkswirtschaften mehr als das Doppelte des BIP. Zwar handelt es sich um Bruttoschulden, denen die entsprechenden Vermögen gegenüber stehen, aber im Krisenfall drohen die Vermögenspreise und dann das Finanzsystem zu kollabieren, dessen Sicherheiten und Bilanzen weg- und einbrechen.

Der wahrscheinliche Ausweg zum Schuldenabbau ist eine längere Phase finanzieller Repression, in der die Zinsen niedriger als das nominelle Wachstum – also mit einem ordentlichen Anteil an Inflation – liegen. Aber auch sie hat bedenkliche Verteilungswirkungen, wenn nicht massiv politisch in das Marktgeschehen eingegriffen wird. Geldvermögen werden im Vergleich zu Sachvermögen entwertet. Das trifft auch private Lebensversicherungen, die angesichts von Sparmaßnahmen im Rentensystem an Bedeutung gewinnen. Dazu sinken die Realeinkommen, wenn die Löhne nicht mit den Preisen Schritt halten. Es droht also noch mehr Ungleichheit und Stagnation, vielleicht sogar eine Wiederholung des Krisenzyklus.

Tragfähige Lösungen und vorbeugende Politik müssen an den tieferen Ungleichgewichten ansetzen: Die schiefe Einkommensverteilung muss zugunsten der ärmeren Arbeitnehmerhaushalte korrigiert werden. Dies beflügelt auch die Binnennachfrage und baut das Importdefizit ab, wodurch sich die internationalen Ungleichgewichte verringern. Reale Investitionen in den Kapitalstock müssen wieder eine höhere Rendite bringen als Finanzspekulationen. So steigen Produktivität und Beschäftigung, die die Voraussetzung für tragfähige Lohnerhöhungen sind. Die Vermögensbesitzer müssen ihr Geld für realen Konsum und Investitionen ausgeben, wenn sie es nicht im Zuge einer Schuldenkrise verlieren wollen.